

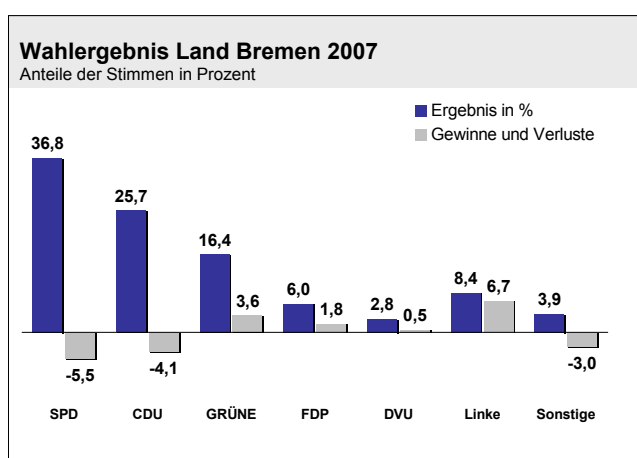
Bürgerschaftswahl im Land Bremen

13. Mai 2007

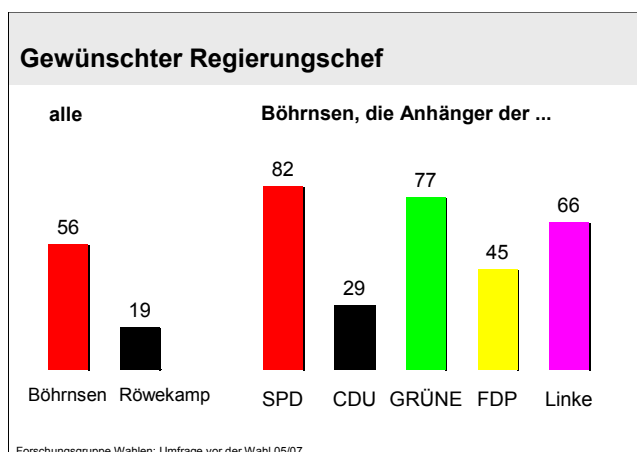


Zwölf Jahre Große Koalition: Deutliche Verluste für SPD und CDU – Grüne und Linke mit historischem Erfolg

In Bremen bleiben die Sozialdemokraten auch nach 60 Jahren stärkste Partei, haben aber wie die CDU große Verluste. Die SPD rutscht mit 36,8% auf ihr zweitschlechtestes Ergebnis in diesem Land, die CDU muss mit 25,7% ihr schlechtestes Resultat seit 20 Jahren hinnehmen.



Die kleinen Parteien verzeichnen dagegen große Erfolge: Die Grünen erzielen mit 16,4% ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen überhaupt, die Linke schafft mit 8,4% zum ersten Mal den Sprung in ein westdeutsches Landesparlament, allerdings war sie bereits bei der Bundestagswahl 2005 im Land Bremen ebenso stark. Die FDP ist mit 6,0% erstmals seit 1995 wieder als Fraktion in der Bürgerschaft vertreten. Die rechtsextreme DVU überspringt in Bremerhaven wie 2003 die Fünf-Prozent-Hürde und erhält aufgrund getrennter Sperrklauseln einen Sitz in der Bürgerschaft.



Der Vorsprung der SPD vor der CDU erklärt sich neben den für die SPD günstigen Strukturen im Land aus der positiven Beurteilung des Spitzenkandidaten, dem gewachsenen Zuspruch bei den Sachkompetenzen sowie der guten Bewertung ihrer Senatsarbeit. Die Leistungen der SPD im Senat werden auf der +5/-5-Skala (sehr zufrieden bis sehr unzufrieden) mit 1,1 (2003: 1,0) nun besser bewertet als die Arbeit der CDU mit 0,6 (2003: 1,0). Bürgermeister Jens Böhrensen (SPD) hat bereits anderthalb Jahre nach Amtsantritt ein ausgesprochen positives Image. 71% und Mehrheiten in allen politischen Lagern bescheinigen ihm gute Arbeit. Insgesamt wollten 56% der Bremer und Bremerhavener Böhrensen, aber nur 19% den CDU-Herausforderer Thomas Röwekamp als Regierungschef.

Spitzenkandidaten: Wer ist ... / Wer hat ...

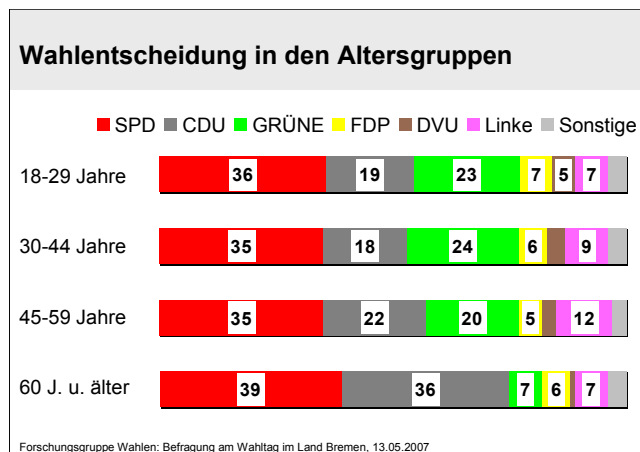
	Böhrensen	Röwekamp	beide gleich
glaubwürdiger	25 %	4 %	48 %
tatkräftiger	21 %	13 %	40 %
sympathischer	45 %	9 %	23 %
eher bürgernah	34 %	10 %	31 %
eher ein Siegertyp	24 %	19 %	31 %
mehr Sachverstand	20 %	8 %	36 %

Ökonomisch sehen die meisten Bremer weiter große Defizite. Obwohl heute 48% mit einem wirtschaftlichen Aufschwung rechnen (2003: 18%), spricht weiterhin nur eine Minderheit von 13% (2003: 4%) von einer guten wirtschaftlichen Lage im Land Bremen. 49% bezeichnen sie als teils gut, teils schlecht (2003: 39%) und 37% als schlecht (2003: 55%).

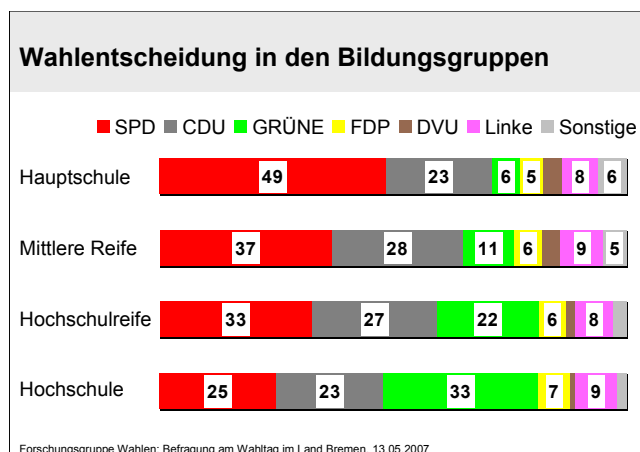
Parteikompetenzen:

	SPD	CDU	Grüne	Linke	keine
Arbeitsmarkt	26 %	27 %	2 %	2 %	23 %
Finanzen	21 %	29 %	2 %	2 %	24 %
Wirtschaft	26 %	24 %	1 %	2 %	27 %
Familie	35 %	18 %	12 %	3 %	9 %
Bildung	34 %	19 %	9 %	3 %	11 %
Soziales	36 %	19 %	6 %	4 %	17 %
Kriminalität	17 %	31 %	1 %	3 %	19 %
Zukunft	29 %	21 %	5 %	2 %	21 %

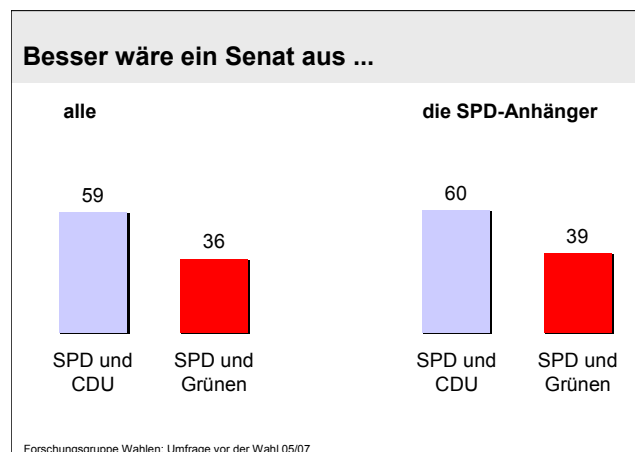
Die CDU hat ihren klaren Kompetenzvorsprung bei den wichtigen Bremer Themen Arbeitsplätze und Wirtschaft, den sie 2003 hatte, verloren. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen (SPD: 26%; CDU: 27%) sowie in Wirtschaftsfragen (SPD: 26%; CDU: 24%) wird beiden großen Parteien jetzt praktisch gleich viel zugetraut. In puncto Schuldenabbau ist der Vorsprung der CDU jetzt weniger deutlich, wo 29% die CDU und 21% die SPD für kompetenter halten. In den Bereichen Bildung und Familie liegt die SPD klar vor der CDU.



Die SPD hat mit Ausnahme der unter 30-Jährigen in allen Altersgruppen Einbußen und liegt so überall nahe an ihrem Gesamtergebnis. Die CDU schneidet dagegen mit 36% bei den über 60-Jährigen weit überdurchschnittlich ab. Bei Wählern bis 60 Jahren bleibt sie deutlich unter ihrem Landesergebnis. Umgekehrt haben die Grünen bei den unter 60-Jährigen großen Erfolg und liegen hier durchgehend bei über 20%. Bei den über 60-Jährigen erreichen sie lediglich 7%. Bei den 18- bis 29-Jährigen und den 30- bis 44-Jährigen werden die Grünen zweitstärkste Kraft vor der CDU.



Bei ihrer Stammklientel, den Wählern mit Hochschulabschluss, werden die Grünen mit 33% sogar stärkste Partei. Die Linke rekrutiert besonders erfolgreich bei Arbeitern (12%) und Arbeitslosen (20%). Bei Gewerkschaftsmitgliedern ist sie mit 11% ebenfalls stark, bleibt aber weit hinter der SPD mit 46% zurück. Wie 2003 hätte neben der Großen Koalition auch ein Bündnis aus SPD und Grünen eine Mehrheit in der Bremer Bürgerschaft. Mit 59% bevorzugt eine Mehrheit eine Koalition aus SPD und CDU, nur 36% wäre eine rot-grüne Regierung lieber. Auch von den SPD-Anhängern wird die Fortführung der Großen Koalition mehrheitlich favorisiert.



Insgesamt standen bei der Bürgerschaftswahl landespolitische Aspekte klar im Vordergrund: Für 70% der Befragten war das Geschehen vor Ort für die Wahlentscheidung wichtiger, für nur 27% gab die Bundespolitik den Ausschlag. Ein weiteres Mal hat sich bei dieser Wahl gezeigt, dass große Koalitionen das Abschneiden kleiner Parteien begünstigen. Vor zwölf Jahren wurde die Große Koalition mit dem Ziel gebildet, die maroden Finanzen des Landes Bremen zu sanieren. Bis jetzt ist es ihr jedoch nicht gelungen, die finanzielle Zukunft des Landes zu sichern. Vor diesem Hintergrund wird es schwierig werden, die Fortsetzung der Großen Koalition inhaltlich zu begründen. Als einziger Landtagswahl im Jahr 2007 wurde der Bremer Bürgerschaftswahl größere Aufmerksamkeit zuteil, für bundespolitische Schlussfolgerungen taugt sie aber nicht; dazu ist das Land mit weniger als einer halben Million Wahlberechtigter zu klein und die Probleme zu speziell. (Mannheim, 14. Mai 2007.)

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer telefonischen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.560 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten im Bundesland Bremen in der Woche vor der Wahl sowie 15.295 Wählern am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Bürgerschaftswahl in Bremen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.heute.de>. Nächstes reguläres Politbarometer am Freitag, den 18.05.2007 im Anschluss an das „heute-journal“. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter der Adresse Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.